



Protokollauszug

zum AUSSCHUSS FÜR BILDUNG, SPORT UND SOZIALES

am Mittwoch, 07.05.2014, 17:04 Uhr, Rathaus, Sitzungssaal

ÖFFENTLICH

TOP 1	Kindertagesstätte Marstall Center - Energetische Fassadensanierung - Entwurfs- und Baubeschluss - Beschluss Vorentwurf Außenanlagen - Beschluss Ausweichquartier	Vorl.Nr. 122/14
-------	---	-----------------

Beschlussempfehlung:

Zum Beschluss im Ausschuss für Bildung, Sport und Soziales:

- 1.1. Der temporären Unterbringung der 2-gruppigen Kindertageseinrichtung Marstall Center für den Zeitraum der Sanierungsmaßnahmen im ehemaligen Gebäude der Silcherschule, Mathildenstr.27 (Backsteinbau) im Erd- und 1. Obergeschoss wird zugestimmt.

Abstimmungsergebnis:

Die Abstimmung erfolgt offen.

Der Beschluss wird mit 15 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen einstimmig angenommen.

Die Beschlussfassung erfolgt als Empfehlung an den Gemeinderat.

Beratungsverlauf:

EBM **Seigfried** führt in die Beratung ein. Trotz einer statistisch bestehenden Überversorgung in der Innenstadt im Bereich der Kinderbetreuung bestünden Schwierigkeiten die Versorgung sicherzustellen, da die Ausweichmöglichkeiten bei den wenigen Einrichtungen derzeit äußerst begrenzt seien. Im vorliegenden Beschlussvorschlag habe der Ausschuss über die temporäre Unterbringung während der Bauphase zu entscheiden, welche unabhängig vom Beschluss zur Fassadensanierung und den Außenanlagen gesehen werden müsse. Die durch die weitere Sanierung des Einkaufszentrums entstehende Lärmbelastung verhindere in jedem Fall einen weiteren Betrieb der Kindertageseinrichtung.

Herr **Weißer** (FB Hochbau und Gebäudewirtschaft) informiert mit Hilfe einer Präsentation über die Sanierungsmaßnahmen der Vorl.Nr. 122/14. Die im Vorfeld der Planungen angestellte Untersuchung von Alternativflächen für eine neue Einrichtung in der Innenstadt habe keine Ergebnisse hervorgebracht. Innerhalb der Vertiefung der Planungen und der Kostenberechnung konnten allerdings noch weitere Einsparpotenziale gehoben werden, so dass eine Absenkung der Kosten erreicht werde. Darüber hinaus berichtet Herr Weißer über die Eigentümerversammlung des Marstall-Gebäudes, in deren Vorfeld bei der ECE hinsichtlich der Option, die Räumlichkeiten

des Kindergartens als Betriebs- oder Kundenkindergarten übernehmen zu können, nachgefragt wurde. In dieser Hinsicht habe man die Rückmeldung erhalten, dass kein Interesse an einem derartigen Vorhaben bestehe. Ebenso wurde die zugesagte Abfrage nach Beteiligungsmöglichkeiten bei der Fassadensanierung, welche Teil des Gemeinschaftseigentums sei, mit negativem Ergebnis abgefragt. Nach Aussage der ECE sei die Rücklage bereits durch verschiedene Maßnahmen verplant und auch Zuschüsse nicht vorgesehen. Aufgrund der marginalen Flächenverhältnisse des Kindergartens zum Gesamtgebäude wären aus der Rücklage allenfalls geringe Beträge zu erwarten.

Frau **Preußner** (FB Tiefbau- und Grünflächen) ergänzt die Ausführungen zu den erarbeiteten Alternativen für die Gestaltung des Außenbereichs. Zum einen habe man einen Vorentwurf für die Freianlage auf Basis einer Gesamtsanierung durch das Büro H+H erstellen lassen, zum anderen sei alternativ eine Instandsetzung des Außenbereichs unter Nutzung vorhandener Spielgeräte möglich. In der Folge geht sie näher auf beide Varianten ein und erläutert deren Finanzierung.

Stadträtin **Kopf** gibt im Rahmen eines Diskussionsvorschlags zu erwägen, dass die Einrichtung zwar dringend benötigte Betreuungsplätze umfasse, jedoch langfristig nicht zukunftsfähig sei. Nach ihrer Ansicht müssten weitergehende Überlegungen angestellt werden, die in eine Überführung des Kindergartens im Marstall-Center in eine Betriebskindertagesstätte mündeten und den Neubau einer zukunftsfähigen Einrichtung ermöglichten, in die zugleich die Einrichtung Obere Marktstraße integriert werden könne. Aufgrund dessen würde ihre Fraktion zwar heute der Auslagerung in das Gebäude der Silcherschule während der Bauzeit zustimmen, allerdings den Baubeschluss zur Gebäudesanierung im Ausschuss für Bauen, Technik und Umwelt ablehnen.

Mit Bedauern nimmt Stadtrat **Daferner** die Ablehnung der ECE hinsichtlich der Übernahme der Einrichtung als Betriebskindergarten und der Kostenübernahme aus der Rücklage zur Kenntnis. Gleichwohl sehe er keine Flächen, welche die gewünschten Möglichkeiten für einen Neubau eröffneten. Vor diesem Hintergrund sei seine Fraktion zur Auffassung gelangt, den Investitionen und der Auslagerung zuzustimmen, da es längerfristig an Alternativen fehle. Dies erfolge in Kenntnis der Tatsache, dass die Einrichtung Obere Marktstraße in ihrer Betriebsfähigkeit dem Ende zugehe. Gerade deshalb erachte er es als erforderlich, die Situation von Kindertagesstätten in der Innenstadt nochmals eingehend zu diskutieren.

Stadträtin **Schneller** signalisiert ihre Zustimmung zur temporären Unterbringung für die Zeit der Baumaßnahmen. Andererseits bezweifle ihre Fraktion die Zukunftsfähigkeit des Kindergartens, weshalb eine größere und leistungsfähigere Einrichtung in der Innenstadt benötigt werde. Sie bittet die Verwaltung daher, nochmals nach einem Alternativstandort zu suchen und die mündliche Aussage, wonach ein Neubau an der Bauhofstraße nicht geeignet sei, schriftlich zu untermauern. Ihre Fraktion halte die Investitionen in den Kindergarten nicht für tragbar und werde der Sanierungsmaßnahme deshalb im morgigen Ausschuss für Bauen, Technik und Umwelt ebenfalls nicht zustimmen.

Stadträtin **Klett-Heuchert** stimmt der Verlagerung der Kindertagesstätte im Namen ihrer Fraktion zu. Sie halte die energetische Sanierung für unerlässlich und betrachte es als möglich, dass nach der Inbetriebnahme des modernisierten Einkaufszentrums durch Mitarbeiterinnen, Kundinnen und Bewohnerinnen der Wohntürme eine veränderte Nachfragesituation entstehe. Vor diesem Hintergrund sollten unbedingt die Zugangswege in die Sanierung mit einbezogen werden.

Stadtrat **Heer** bezeichnet die temporäre Unterbringung als notwendig und kündigt seine Zustimmung an. Nachfolgend nimmt der zur Fassadensanierung und den energetischen Verbesserungen Stellung, die ihm unter finanziellen Gesichtspunkten nicht tragbar erscheinen.

Da die Sanierung für sie in keinem Verhältnis zu Kosten und Nutzung steht, kündigt Stadträtin **Lange** die Ablehnung der Vorlage an.

EBM **Seigfried** stellt klar, dass es keine Nachfrage eines privaten Betreibers für die Kindertagesstätte gebe. Aufgrund des Sanierungsbedarfs und des Standortnachteils könne er sich eine Änderung dessen nicht vorstellen. Demgegenüber sei der Bau einer neuen Einrichtung mit Außenspielbereich aufgrund der hohen Investitionskosten und der Flächenknappheit in der Innenstadt nicht ohne Weiteres möglich. Dazu werde eine politische Verständigung über die Perspektive und die Bereitstellung der Mittel benötigt, welche den bereits in der jüngsten Priorisierung von Investitionsmaßnahmen besprochenen Zeitraum betreffe. Nachfolgend schildert er die Situation bei einer Ablehnung im Ausschuss für Bauen, Technik und Umwelt, wenn ein Rückumzug in das unsanierte Gebäude anstehe und schlägt eine gemeinsame Abstimmung der Perspektiven vor, da die Konsequenzen abgewogen werden müssten.

Für Stadtrat **Kirnbauer** sind bei dieser Entscheidung mehrere Faktoren maßgebend, so dass es einen „Schnellschuss“ darstellen würde, sofort eine Entscheidung zu treffen. In der Gestaltung der Fassadenfläche sehe er beispielsweise noch Einsparmöglichkeiten im Sanierungsumfang und bei den gewählten Materialien, welche zu einer Kostenreduzierung führen könne. Gleichwohl sehe er es als Voraussetzung für die Suche nach einem Innenstadtstandort an, auch Kompromisse hinsichtlich der Anforderungen an die Außenspielfläche einzugehen.

Stadtrat **Dr. Vierling** schlägt vor, eines der Silchergebäude als Standort für einen möglichen neuen Innenstadtkindergarten ins Auge zu fassen, wenn diese nicht bereits auf Dauer verplant wären.

In Ermangelung kurzfristig realisierbarer Alternativen begrüßt Stadträtin **Schittenhelm** die Vorlage ausdrücklich. Aufgrund dessen befürworte sie die Sanierung unter Berücksichtigung weiterer Einsparmöglichkeiten und habe danach die Hoffnung auf eine Meinungsänderung durch die ECE. Vor dem Hintergrund des Architektenwettbewerbs für die Wohntürme würde die Sanierung des Kindergartens ein wichtiges Signal darstellen.

Stadtrat **Heer** erinnert an die in der Sitzung des Ausschusses für Bauen, Technik und Umwelt vom 11.12.2013 geäußerten Bedenken der Ausschussmitglieder. Das „Aufhübschen“ sei für ihn als Übergangslösung denkbar, hierzu bestehe seiner Ansicht nach allerdings noch Klärungsbedarf.

Stadtrat **Meyer** sieht im aktuellen Zustand keine Möglichkeiten auf eine Übernahme der Kindertagesstätte durch einen anderen Träger. Je nach zeitlicher Perspektive ließe sich vielleicht jemand mit der Gewährung eines Zuschusses finden.

Herr **Weißer** geht ergänzend auf bauliche Fragestellungen ein.

Stadtrat **Dr. Bohn** weist auf den Aspekt der Wirtschaftlichkeit hin. Bei Neuplanungen könne eine zweigruppige Einheit unter diesem Gesichtspunkt keine Basis darstellen. Überdies stellt sich die Frage nach der Finanzierung derartiger Pläne innerhalb des abgeschlossenen Planungszeitraums.

Stadtrat **Kirnbauer** weist auf die seit mehreren Jahren im Gespräch stehende Auflösung der Einrichtung in der Oberen Marktstraße hin, für die eine Lösung gesucht werden müsse. Nach dem das Gremium mehrheitlich die Zukunftsfähigkeit der Kindertagesstätte Marstall-Center in Zweifel ziehe, schlage er vor mit einer reduzierten Fassadensanierung und einem Austausch der Fenster als kurzfristige Verbesserungen in die Standortsuche für eine Alternativeinrichtung zu gehen. Unter Umständen ergebe sich nach dem Neustart des Marstall-Centers eine veränderte Ausgangssituation, die als Anknüpfungspunkt dienen könne.

Abschließend stellt EBM **Seigfried** die Ziffer 1.5 der Vorl.Nr. 122/14 zur Abstimmung.

Beratungsverlauf:

Herr **Ziegler** (FB Bildung, Familie, Sport) stellt anhand einer Präsentation den Jahresbericht der Kinder- und Jugendförderung 2013 vor. In Ergänzung der Vorl.Nr. 142/14 erläutert er die einzelnen Stadtteilprofile mit deren Angeboten und geht auf die Highlights des Jahres 2013 ein.

Stadtrat **Herrmann** beurteilt die geleistete Jugendarbeit als wichtigen Baustein in Ergänzung zur Jugendarbeit in den Vereinen und Kirchen. Als positiv bewertet er die Umsetzung von Anregungen aus den Jugendkonferenzen und die wichtige Umfeldgestaltung in der Weststadt. Bei der Nutzung leerstehender Räumlichkeiten bitte er darum, die parallele Nutzung mit anderen Einrichtungen, wie der Schulsozialarbeit zu prüfen und im nächsten Jahresbericht auf die dadurch möglichen Synergieeffekte einzugehen.

Stadträtin **Schittenhelm** misst der gemeinwesenorientierten Arbeit und der Vernetzung mit den sonstigen Aktiven im Stadtteil eine hohe Bedeutung bei. Aus Sicht ihrer Fraktion stelle die Vorlage eine Beschreibung der IST-Situation dar, es fehle an einem Ausblick sowie Ideen und Überlegungen zur konzeptionellen Weiterentwicklung. Darüber hinaus werde der Bereich Sport und Bewegung und die Beteiligung von Kindern- und Jugendlichen an den Entwicklungen im Stadtteil nicht ausreichend behandelt und der mobile Ansatz müsse ihres Erachtens nach ausgebaut werden. Nachfolgend bezieht sie Stellung zur räumlichen und personellen Ausstattung und fordert die Verwaltung auf, hinsichtlich der räumlichen Unterbringung in Neckarweihingen, eines zukunftsorientierten Ansatzes für den Stadtteil Hoheneck und bei der Einbringung von Jugendlichen in der Oststadt nach Verbesserungsmöglichkeiten zu suchen. Sie erinnert an den Antrag ihrer Fraktion für zusätzliche Räume für die Kinder- und Jugendförderung und sie bezeichnet es als nicht notwendig, dass die Stadt hauptamtlich die Geschäftsführung des Stadtjugendrings inne habe.

Stadträtin **Moersch** drückt ihre Anerkennung für die Arbeit der Kinder- und Jugendförderung aus, welche nach ihrer Einschätzung deutlich Fahrt aufgenommen habe. Diese sei Beziehungsarbeit und damit größtenteils von den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern vor Ort abhängig, wobei genau festgestellt werden könne in welchen Bereichen dies funktioniere. Sie bezeichnet es als erschreckend, dass diese Arbeit teilweise nicht bekannt sei. Weiterhin fehlten ihr nach wie vor Raumangebote für Treffen oder beispielsweise Geburtstagesfeiern unter dementsprechenden Auflagen.

Stadtrat **Dr. Vierling** geht auf verschiedene Punkte der aus dem Jahresbericht der Kinder- und Jugendförderung ein und bedankt sich für die vielfältige Arbeit der Akteure. Vor ein paar Jahren habe sich die Verwaltung dazu bekannt, dass eine Versäulung der Begleitstrukturen nicht passieren dürfe und dem nebenher zwischen Kinder- und Jugendarbeit der Stadt, des Landkreises und der Schulsozialarbeit entgegengewirkt werden müsse. Im Zuge dessen wurde eine stärkere Konzentration auf die Schulstandorte angekündigt, um dort mit Vernetzungen und Synergien bessere Wirkungen erzielen zu können. Bezüglich des Rückgangs der Vollzeitstellen, der Arbeit im Pavillon am Stadtbad und der Schulsozialarbeit an den Gymnasien stellt er einige Nachfragen. Die Aussagen zu Integration und interkultureller Jugendarbeit bewerte er indes als gleichbleibend abstrakt und wünscht sich in diesem Segment Informationen über die erzielten Fortschritte.

Stadtrat **Heer** begrüßt den Bericht mit seiner ausführlichen Schilderung der Angebote. Das Erfordernis einer hauptamtlichen Führung des Stadtjugendrings erkenne seine Fraktion als notwendig an. Aufgefallen sei ihm, dass bezüglich der Nutzung von Räumlichkeiten der sogenannten „Villa 5“ ein Augenmerk auf die zukünftige Ausgestaltung gelegt werden müsse.

Stadträtin **Lange** schließt sich dem Dank der Vorredner an.

EBM **Seigfried** tätigt Anmerkungen zur deutlichen Veränderung der Bedeutung von außerschulischer Jugendbildung und deren neuen Elementen. Aufgrund dessen könne die Kennziffer des Personaleinsatzes nur vor dem Hintergrund der Entwicklung anderer Bereiche gesehen werden. Daneben sei es an dieser Stelle von größter Bedeutung, die richtigen Mitarbeiter an der richtigen Stelle einzusetzen.

Frau **Schmetz** nimmt zu den Anregungen aus der Mitte des Gremiums Stellung. Nach Verbesserungen werde gezielt Ausschau gehalten, wobei beachtet werden müsse, dass nicht auf alle Ansprüche eingegangen werden könne. Hier müsse die individuelle Ausrichtung auf das Umfeld berücksichtigt werden, wobei die offene Jugendarbeit an sich und die Fokussierung auf die Beziehungsqualität und den Sozialraum nicht in den Hintergrund treten dürfe. Die dafür zur Verfügung stehenden Räumlichkeiten würden selbstverständlich auch anderweitig genutzt.

Herr **Ziegler** geht in Anlehnung an die aufgeworfenen Fragen auf die Aktivitäten in den einzelnen Stadtteilen und die Nutzung von Raumsynergien ein. Zusätzlich müssten allerdings Möglichkeiten zum Lernen geschaffen werden.

TOP 3

Planung einer Jugendkonferenz 2015 und
Aufenthaltsräume für Jugendliche in der
Innenstadt

Vorl.Nr. 141/14

Abweichender Beschluss:

1. Die Verwaltung wird beauftragt, *vor der* Zukunftskonferenz 2015 eine Jugendkonferenz *durchzuführen*.
2. Die Jugendförderung stellt Jugendlichen Räumlichkeiten im Haus der Pflugfelder Str. 5 zu Zwecken des Lernens und der Freizeitplanung/-gestaltung zur Verfügung. *Darüber hinaus wird die Jugendförderung beauftragt, die Nutzbarmachung von Räumlichkeiten noch weiter zu vertiefen und zu gegebener Zeit darüber zu berichten.*

Abstimmungsergebnis:

Die Abstimmung erfolgt offen.

Der Beschluss wird mit 13 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen einstimmig angenommen.

Nicht anwesend: Stadtrat Meyer (entschuldigt)
Stadträtin Schneller (entschuldigt)

Beratungsverlauf:

Herr **Ziegler** (FB Bildung, Familie, Sport) unterrichtet das Gremium mit Hilfe einer Präsentation über das bestehende Angebot konkreter Beteiligungsformen durch die Kinder- und Jugendförderung, die Maßnahmen zur Förderung der Partizipation und die Ansätze zur Weiterentwicklung der Beteiligungsstrukturen. Zur geplanten Jugendkonferenz veranschaulicht er die Ziele, welche mit der Durchführung dieser Veranstaltung erreicht werden sollen.

Stadtrat **Kromer** thematisiert gute Beispiele der Jugendbeteiligung in Ludwigsburg. Seine Fraktion stimme dem Beschlussvorschlag grundsätzlich zu, schlage allerdings eine Entkopplung der Veranstaltungen vor. Die Jugendkonferenz solle nicht parallel, sondern im Vorfeld der Zukunftskonferenz durchgeführt werden. Dadurch eröffne sich für die Kinder und Jugendlichen die Option, ihre Bedürfnisse jeweils ihrem Alter entsprechend zu erörtern und die Ergebnisse der Kinder- und Jugendkonferenz könnten effektiv in die Zukunftskonferenz eingebracht werden. Bezüglich des zweiten Beschlussvorschlages rege er die Ausdehnung der Nutzung vorhandener räumlicher Ressourcen an. Die Verwaltung solle bestrebt sein Räume zu suchen, die für selbstständiges Lernen und Arbeiten zur Verfügung gestellt werden, insbesondere für diejenigen, die Zuhause diese Möglichkeiten nicht hätten.

Stadtrat **Daferner** begrüßt die Planungen, da eine solche Form der Partizipation in einer Bürgerkommune für ihn dazu gehöre. Die „Villa 5“ vermittele nach seinem Eindruck ein wenig einladendes Bild, weshalb er gestalterische Verbesserungen für eine angemessene Umgebung anrege. Zusätzlich fehle ihm eine Konzeption, wie die Räumlichkeiten neben ihrer Zweckbestimmung auch einen Beitrag zum interkulturellen Lernen leisten könnten.

Für Stadträtin **Moersch** ist die Partizipation junger Menschen ein wichtiges Ziel, dessen Erfolg an der hohen Beteiligung junger Menschen bei der letzten Zukunftskonferenz gemessen werden könne. Die Fraktion der Freien Wähler stehe hinter den Planungen einer Jugendkonferenz, allerdings schlage man keine Kopplung, sondern jährlich wechselnde Veranstaltungen vor, da die Befürchtung eines Wegbleibens der Jugendlichen bestehe. Das Haus der Kinder- und Jugendförderung in der Pflugfelder Straße 5 müsse ihrer Ansicht nach bekannter sein, als zentraler Treffpunkt in der Innenstadt aufgestellt werden und mehr Möglichkeiten bieten. Mit festen Regeln und Auflagen sowie einer Kautionsregel könne sich Stadträtin Moersch vorstellen, einzelne Räume für Geburtstagsfeiern von Jugendlichen zur Verfügung zu stellen. Eine entsprechende Testphase halte sie für unerlässlich.

Stadtrat **Dr. Vierling** begrüßt die Vorlage als Reaktion auf den Anträge seiner Fraktion. Grundsätzlich sei der Bedarf an Aufenthaltsräumen unstrittig, der Fokus liege jedoch auf der Ausdehnung der Öffnungszeiten des Pavillons am Stadtbad und den weitergehenden Nutzungsmöglichkeiten für die Räume in der Pflugfelder Straße. In Bezug auf die zeitliche Durchführung der Jugendkonferenz schlage seine Fraktion vor, diesen Gesichtspunkt noch einmal zu überdenken. Eine sinnvolle Positionierung könne nach seiner Auffassung nützlich sein, um Jugendliche für ein dauerhaftes Engagement zu gewinnen, welches möglicherweise in die Gründung eines Jugendgemeinderates münde. Der Beschlussvorlage könne seine Fraktion zustimmen.

Stadtrat **Heer** spricht sich dafür aus, die Erwartungen nicht zu hoch anzusetzen, da bei Jugendlichen eine wechselhafte Struktur zu verzeichnen ist. In diesem Kontext sei vor allem die zeitnahe Umsetzung akzeptierter Vorschläge ein wichtiger Indikator für die Motivation zur Beteiligung, was er anhand des Beispiels der von der FDP-Fraktion vorgeschlagenen Dirtbahn verdeutlicht.

Frau **Schmetz** hält die zeitliche Entzerrung beider Veranstaltungen ebenfalls für sinnvoll, wobei die Jugendkonferenz zuerst stattfinden solle, aber so zeitnah vor der Zukunftskonferenz, dass Bezüge hergestellt werden könnten. Dies sei wichtig um die Jugendlichen zum Mitmachen zu motivieren. Weiterhin führt sie aus, dass im Gebäude Pflugfelder Straße 5 Brandschutzauflagen nicht jede Form von Veranstaltungen zulassen würden. Ferner sei ein offener Treff aufgrund der Gebäudesubstanz nicht möglich.

Daran anknüpfend teilt Herr **Ziegler** mit, dass der Schwerpunkt der zukünftigen Nutzung weiterhin auf den Gruppenräumen für verschiedene Zwecke liegen solle. Für die Ausdehnung der Öffnungszeiten des Pavillons am Stadtbad würden die Rahmenbedingungen geprüft.

Stadtrat **Kromer** weist darauf hin, dass nach der Veranstaltung darüber informiert werden muss, was aus den eingebrachten Vorschlägen und Diskussionsbeiträgen der Jugendlichen geworden ist.

Nach Abschluss der Diskussion formuliert EBM **Seigfried** den abweichenden Beschlussvorschlag der Vorl.Nr. 141/14 und stellt diesen zur Abstimmung. Weiterhin weist er darauf hin, dass die Anträge der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, Vorl.Nrn. 471/13 und 472/13, mit der Beratung erledigt seien und die Verwaltung die Frage der Raumnutzung demnächst in aufbereiteter Form dem Gremium vorstellen werde.

Nachstehend informiert EBM **Seigfried** das Gremium über den Sachstand zur Eröffnung der neuen Kindernester auf der Hartenecker Höhe, die geplanten Dialogveranstaltungen zur Weiterentwicklung des Ganztags an Ludwigsburger Schulen und die Entscheidung der Diakonie, sich aus dem Geschäftsfeld der Schulkindbetreuung zurück zu ziehen.

TOP 3.1	Jugendkonferenz 2014 - Antrag der Fraktion Bündnis 90/die GRÜNEN vom 20.11.2013	Vorl.Nr. 471/13
---------	---	-----------------

Beratungsverlauf:

Der Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen Vorl.Nr. 471/13 ist mit der Beratung der Vorl. Nr. 141/14 erledigt. Siehe Beratungsverlauf zu Tagesordnungspunkt 3.

TOP 3.2	Aufenthaltsräume für Jugendliche in der Innenstadt - Antrag der Fraktion Bündnis 90/die GRÜNEN vom 20.11.2013	Vorl.Nr. 472/13
---------	--	-----------------

Beratungsverlauf:

Der Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen Vorl.Nr. 472/13 ist mit der Beratung der Vorl.Nr. 141/14 erledigt. Siehe Beratungsverlauf zu Tagesordnungspunkt 3.